



Breite Front gegen Gleichstellungs-Rückschritt

RÖMISCHE PLÄNE: Kritik an Abschaffung der territorialen Anlaufstellen – „Wäre großer Rückschritt“ – Kompatscher und Schuler setzen auf Verankerung in Landesgesetz

BOZEN (ih). Gegen die römischen Pläne, die territorialen Gleichstellungsräteinnen zugunsten einer zentralen Stelle abzuschaffen (wir haben berichtet), bildet sich in Südtirol eine breite Front. „Wir werden uns mit vereinten Kräften gegen jeden Rückschritt im Bereich Gleichstellung wehren“, kündigt etwa Ulrike Oberhammer, Präsidentin des Landesbeirates für Chancengleichheit, an. Den Rückhalt von Landeshauptmann und Landtagspräsident hat sie.

Gleichstellungsrätin Brigitte Hofer, staatsweit die einzige Gleichstellungsrätin, die Vollzeit bezahlt wird, reagiert entsetzt: „Ich bin erschrocken, als ich davon gehört habe“, gibt sie zu. Denn den Anliegen der Betroffenen könnte die Neuregelung ei-

nen Bären dienst erweisen. „Ausgangspunkt sind EU-Richtlinien, die eigentlich die Position solcher Anlaufstellen stärken wollen“, erklärt sie. Rom interpretiert dies anders und sieht nun eine zentrale Stelle vor, die sich um alle Fälle von Diskriminierung kümmern soll. „Im römischen Entwurf, der grundsätzlich die Gleichstellungsräteinnen auf territorialer Ebene abschaffen will, gibt es eine Kann-Bestimmung, die wiederum eine Struktur auf territorialer Ebene erlauben würde – aber als Ansprechpartner für die Zentralstelle in Rom.“

„Völlig widersinnig“, findet **SVP-Senatorin Julia Unterberger**, „in Umsetzung einer EU-Richtlinie, die die Gleichstellungsräteinnen eigentlich stärken will und daher Mindestanforderun-

gen vorsieht, ein ganzes Netz an rund 150 Gleichstellungsräteinnen zu zerschlagen und mit einer zentralen Stelle zu ersetzen, die noch dazu auch für die Bekämpfung von Rassismus zuständig sein soll. Damit gingen wertvolle Kompetenzen verloren und der so dringend notwendige Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben würde ein schlechter Dienst erwiesen.“

„Die römischen Pläne sind ein großer Rückschritt und gefährden den Zugang zu einer niederschweligen Beratungsstelle“, urteilt **Ulrike Oberhammer**. Ihre Vizepräsidentin **Nadia Mazzardis** verweist auf den Umstand, dass es ausgerechnet eine Ministerpräsidentin ist, die zusammen mit einer Ministerin die wichtige Arbeit der territorialen Gleichstellungsräteinnen durch

eine zentrale Stelle ersetzen will. Sie folgert: „Es reicht nicht mehr aus, mehr Frauen in der Politik zu haben. Wir brauchen mehr feministische Frauen.“

Die Pläne stoßen auch beim Team K auf Kritik. Gerade in Südtirol habe die Gleichstellungsräte eine wesentliche Rolle beim Schutz von Arbeitnehmerinnen und bei der Förderung von Chancengleichheit übernommen und hervorragende Arbeit geleistet, findet **Team K-Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder**. Sie warnt davor, funktionierende und gewachsene Schutzmechanismen zu demontieren und fordert Erhalt und Stärkung statt Abbau und fordert „die Wahrnehmung unserer autonomen Kompetenzen“.

Doch wie stehen da die Chan-

cen? Die Gleichstellungsrätin ist für die Diskriminierung am Arbeitsplatz zuständig – und Arbeit und Diskriminierung fallen in die staatlichen Kompetenzen. „Das ist somit eine autonomiepolitische Frage und es ist nicht auszuschließen, dass Rom hier auf seine Zuständigkeit pocht“, befürchtet Oberhammer. Im Bereich Chancengleichheit hingegen habe Südtirol die Kompetenz. Im Zweifelsfall müsste das Gericht entscheiden. „So weit wird es hoffentlich nicht kommen“, sagt sie.

Landeshauptmann Arno Kompatscher, zu dessen Agenden auch die Chancengleichheit gehört, setzt auf das Schaffen von Tatsachen. „Wenn man das geplante Landesgesetz zur Reform der Ombudsdienste [siehe auch Seite 15; Anm. d. Red.] vor

der staatlichen Neuerung beschließt und darin die Landes-Gleichstellungsrätin ausdrücklich vorsieht, stellt sich das Problem gar nicht“, ist er überzeugt. Und wenn doch? „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Ich sehe hier gute Chancen“, sagt Kompatscher. Auch **Landtagspräsident Arnold Schuler**, in seiner Funktion für die Ombudsstellen zuständig, verweist auf das neue Gesetz, das ganz im Sinne der EU-Richtlinie verfasst sei. Daher geht er davon aus, dass sich keine zentrale Stelle davorsetzen werde. Und wenn doch? „Dann werden wir für eine Anlaufstelle der kurzen Wege kämpfen.“

© Alle Rechte vorbehalten

